

Städtische Deputation für Gesundheit			20. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 20.02.2014	Sitzungsbeginn: 17.40 Uhr	Sitzungsende: 18.40 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Sprecherin der Deputation)			

Frau Kappert-Gonther (Sprecherin der Deputation) begrüßt die Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit und eröffnet die Sitzung.

TOP 1

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

- TOP 1** Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2** Protokoll der Sitzung vom 28.01.2014
- TOP 3** Bericht über den aktuellen Stand von Trinkwasser führenden Bleileitungen in öffentlichen Gebäuden der Stadtgemeinde Bremen Teil I: Kategorie Priorität I (Vorlage S-50-18)
- TOP 4** Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) im Jahr 2013 (Vorlage S-51-18)
- TOP 5** Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2014 (Vorlage S-52-18)
- TOP 6** Gutachten zur Erwerbsfähigkeit im Spannungsfeld medizinischer und sozialer Problemlagen – Bericht des Gesundheitsamtes Bremen (**Vorlage S-48-18 bereits verteilt in 12/2013**) - nur Diskussion -
- TOP 7** Analyse der Organisations- und Gesellschaftsstruktur der GeNo (Vorlage S-53-18)
- TOP 8** Verschiedenes

TOP 2: Protokoll der Sitzung vom 28.01.2014

Beschluss

Die städtische Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 28.01.2014.

TOP 3: Bericht über den aktuellen Stand von Trinkwasser führenden Bleileitungen in öffentlichen Gebäuden der Stadtgemeinde Bremen Teil I: Kategorie Priorität I (Vorlage S-50-18)

Beschluss:

Die städtische Deputation für Gesundheit nimmt den Bericht des Senators für Gesundheit vom 03.02.2014 zum aktuellen Stand von Trinkwasser führenden Bleileitungen in öffentlichen Gebäuden (Teil I: Kategorie Priorität I) zur Kenntnis.

**TOP 4: Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) im Jahr 2013
(Vorlage S-51-18)**

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den Sponsoringbericht 2013 des Ressorts zur Kenntnis.

**TOP 5: Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2014
(Vorlage S-52-18)**

Herr Meinke (CDU) kündigt an, sich bei der Abstimmung wegen individueller Betroffenheit zu enthalten.

Bei Enthaltung von Herrn Meinke (Fraktion der CDU) und gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE fasst die Deputation folgenden

Beschluss:

Die städtische Deputation für Gesundheit stimmt zu, dass der Senator für Gesundheit den Entwurf einer Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2014 dem Senat zur Beschlussfassung zuleitet.

**TOP 6: Gutachten zur Erwerbsfähigkeit im Spannungsfeld medizinischer und sozialer Problemlagen – Bericht des Gesundheitsamtes Bremen
(Vorlage S-48-18) – bereits verteilt
in Verbindung mit
TOP 5 der staatlichen Deputation für Gesundheit Psychische Belastungen am Arbeitsplatz und ihre Folgewirkungen
(Vorlage L-112-18)
- Diskussion -**

Die Präsentationen und die anschließende Diskussion wurden in Verbindung mit TOP 5 in der Sitzung der staatlichen Deputation behandelt. Hierzu vgl. Protokoll der staatlichen Sitzung der Deputation für Gesundheit vom 20.02.2014.

**TOP 7: Analyse der Organisations- und Gesellschaftsstruktur der Gesundheit Nord (GeNo)
(Vorlage S-53-18)**

Frau Kappert-Gonther (Sprecherin der Deputation) weist zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes auf die ausliegende Ergänzung zur versandten Vorlage, die die durch Senatsentscheidung noch eingefügten Ergänzungen in der Vorlage verdeutlicht. Neue Grundlage für die Behandlung dieses Punktes ist somit die versandte Vorlage samt der ausliegenden Ergänzung.

Frau Bernhard (DIE LINKE) bittet um Auskunft, wann der Deputation das medizinische Konzept vorgelegt wird, für welchen Personenkreis die ausgesprochene Beschäftigungssicherheit bei der GeNo gilt und wie hoch die Kosten der Verschmelzung sind.

Herr Staatsrat Härtl führt aus, dass für den Verschmelzungsprozess Notarkosten gemäß der Notarkostenverordnung fällig werden und insgesamt die Kosten für die unter Punkt 5 der Vorlage formulierten Bereiche grob geschätzt mit 300.000 Euro zu veranschlagen sind. Bei Einsparungen von 1,2 Mio. bis 1,5 Mio. Euro bleibt somit ein positiver Ertrag. Da es sich bei der Verschmelzung um einen Betriebsübergang oder Betriebsänderung nach § 613a BGB handelt, bleiben alle Tarifverträge erhalten und Neueinstellungen erfolgen nach geltendem Tarifrecht.

Zwischen der Verschmelzung und der medizinischen Strategie der GeNo besteht kein unmittelbarer Zusammenhang.

Dem Aufsichtsrat der GeNo wurde am 14.02.2014 ein Zwischenbericht der mit der Erarbeitung der Medizinstrategie beauftragten Unternehmensberatung gegeben.

Eine Beschlussfassung erfolgte nicht und ist für die Märzsession des Aufsichtsrats vorgesehen. Der Deputation kann ein entsprechendes Konzept erst nach Fertigstellung vorgelegt werden.

Herr Staatsrat Härtl weist im Zusammenhang mit der Gesamthematik auf die kritikwürdige Situation im Umgang mit vertraulichen Informationen im Aufsichtsrat hin.

So seien trotz strengster, im Aufsichtsrat nochmals explizit vereinbarter Vertraulichkeit, schon wenige Stunden nach Ende der Sitzung erste Anrufe von Medienvertretern beim Aufsichtsratsvorsitzenden mit internen Informationen eingegangen.

Dies hatte zur Folge, dass die Kommunikationsstrategie entsprechend angepasst werden musste, so dass nicht alle Interessensgruppen gleichwertig vor der entsprechenden medialen Veröffentlichung informiert werden.

Vor diesem Hintergrund erläutert er den Deputierten die auch schon öffentlich kommunizierten Eckpunkte des Zwischenberichts.

Herr Brumma (SPD) kritisiert, nur aus der Presse Informationen zur Medizinstrategie erhalten zu haben. Er bittet um eine Übersicht über die klinischen Angebote in der gesamten Stadt.

Er begrüßt, dass das Konzept aus einer Versorgungsperspektive heraus erstellt wurde und bittet in diesem Zusammenhang um Auskunft, ob das Konzept durchgerechnet sei und ob es zu einem Stellenaufbau im Zuge des Umwandlungsprozesses und der Medizinstrategie kommen wird.

Herr Grottke (SPD) fragt nach, ob die Absicherung der Gehälter auch für die außertariflichen Zulagen gilt.

Herr Bensch (CDU) begrüßt ausdrücklich die Bildung einer Einheitsgesellschaft, lobt die faire Beteiligung der Deputation am Prozess und zeigt sich erfreut über die gelungene Beiratssitzung in Bremen-Nord.

Auf Grund der Kleinräumigkeit Bremens und der sich teilweise überlappenden Einzugsgebiete sei der Fokus auf die Ausrichtung der medizinischen Angebote der kommunalen Kliniken der richtige Weg, um die Kliniken zukunftsfähig aufzustellen.

Herr Hamann (SPD) bittet um Auskunft, ob es im Zuge der Umsetzung der Medizinstrategie zu Umplanungen im Teilersatzneubau im Klinikum Mitte (TEN) kommen wird.

Herr Trapp (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um Auskunft, ob eine Doppelstrukturanalyse vorgenommen wurde und es Synergieeffekte gäbe. Zudem hält er die Einbeziehung der vor Ort Arbeitenden, wie exemplarisch bei den Pädiatern erfolgt, notwendig.

Zu den Anmerkungen von Herrn Brumma (SPD), Herrn Grottke (SPD) und Herrn Hamann (SPD) erläutert Herr Staatsrat Härtl, dass durch die geplante Medizinstrategie voraussichtlich ein geringer einstelliger Millionenbetrag erwirtschaftet werden kann.

Noch offen ist derzeit die erforderliche Höhe der notwendigen Investitionen, wengleich die Strategie die Minimierung zusätzlicher Kosten im Fokus hat.

Da die Planung des TEN während der Bauphase erfolgt, ist eine Umplanung im Zuge der Medizinstrategie möglich.

Ein Personalaufbau wegen der Verschmelzung oder Medizinstrategie ist nicht vorgesehen. Allerdings werden externe Berater die GeNo unterstützen.

Einzelvertragliche Regelungen sind tarifrechtlich nicht geschützt. Eine Überprüfung der Personalkosten in der GeNo ist eingeleitet. Änderungskündigungen sind allerdings nach vorsichtiger Einschätzung keine tragfähige Strategie zur nachhaltigen Reduktion der Personalkosten.

Zur Nachfrage von Herrn Trapp (Bündnis 90/Die Grünen) führt er aus, dass die bereits erfolgreiche Einbeziehung von vor Ort Tätigen in der Allgemein Chirurgie und der Unfallchirurgie fortgesetzt wird.

Dort befinden sich entsprechende Konzepte in der Entwicklung. Des Weiteren wird es die stärkere Einbeziehung des „weißen Bereichs“ durch den Aufbau fachspezifischer medizinischer Sektionen in der neuen Einheitsgesellschaft geben.

TOP 8: Verschiedenes

Herr Hamann (SPD) bittet um einen Bericht zu einer Vorlage der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie „Partikelfilter bei Baumaschinen“ in dem eine Prüfung des Vorhabens aus gesundheitlicher und arbeitsschutzrechtlicher Perspektive erfolgt.

Vorsitzende

Sprecherin

Protokollführer

Anlage: To-Do-Liste Deputation Gesundheit (10.03.2014)

Der Senator für Gesundheit

S-4

Tel.: 361-9540

Fax: 496-9540

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

**Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der staatlichen und der städtischen
Deputation für Gesundheit (18. Legislaturperiode)**

Stand: 10.03.2014

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig	Bearbeitungs- stand
1.	Berichtsbitten von Herrn Hamann (SPD) „Partikelfilter bei Baumaschinen“	DG - 20.02.2014	23.04.2014 Deputation Gesundheit	45	
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					

Graunterlegte TOP's sind neu aufgenommen